

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH
Düsseldorf
Bilanz zum 31. Dezember 2024

A K T I V A		31.12.2024	31.12.2023	P A S S I V A		31.12.2024	31.12.2023
		€	€			€	€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. gezeichnetes Kapital		26.000,00	26.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		22.348,03	52.092,34	II. Gewinnrücklage		11.333.250,67	12.910.057,72
						11.359.250,67	12.936.057,72
II. Sachanlagen				B. Sonderposten für Zuwendungen zu Investitionen in das Anlagevermögen		2.390.559,30	2.539.215,93
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		12.967.436,12	14.631.519,37	C. Rückstellungen			
2. technische Anlagen und Maschinen		1.150.962,84	1.287.908,27	sonstige Rückstellungen		1.754.112,26	1.596.857,09
3. I andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		764.292,57	729.907,83				
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau				D. Verbindlichkeiten			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		89.042,98	10.092,30	1. Verbndlichkeiten gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts und Kreditinstitute		3.372.118,51	4.178.274,38
		14.971.734,51	16.659.427,77	- davon gegenüber Kreditinstituten			
III. Finanzanlagen				€ 4.500.499,35(Vj.: € 4.780.408,7)			
1. Beteiligungen		5.113,00	5.113,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		904.476,69	660.921,55
2. Wertpapiere des Anlagevermögens		206.260,00	206.260,00	3. Sonstige Verbindlichkeiten		4.712.389,51	4.840.919,09
		211.373,00	211.373,00	- davon aus Steuern:			
		15.205.455,54	16.922.893,11	€ 197.218,38 (Vj.: € 191.977,72)			
B. Umlaufvermögen						8.988.984,71	9.680.115,02
I. Vorräte				E. Rechnungsabgrenzungsposten		30.735,37	54.408,62
1. Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe		99.388,24	106.150,18				
2. unfertige Erzeugnisse		5.706,50	21.397,50				
3. fertige Erzeugnisse und Waren		46.846,73	53.353,56				
		151.941,47	180.901,24				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		354.660,54	470.292,79				
2. sonstige Vermögensgegenstände		7.658.191,18	5.141.899,85				
		8.012.851,72	5.612.192,64				
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.153.393,58	4.090.667,39				
		9.318.186,77	9.883.761,27				
		24.523.642,31	26.806.654,38			24.523.642,31	26.806.654,38

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH
Düsseldorf
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

	2024 €	2023 €
1. Erträge aus Leistungsvergütungen und Kostenerstattungen	45.329.006,34	42.500.508,70
2. Übrige Umsatzerlöse	9.960.922,96	10.215.268,68
3. Veränderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnisses	-22.197,83	21.120,14
4. sonstige betriebliche Erträge	530.910,50	711.578,00
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.438.661,34	-2.377.157,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-954.571,92	-1.115.444,21
	-3.393.233,26	-3.492.601,90
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-29.383.467,62	-27.512.768,71
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-16.792.462,92	-15.764.142,74
- davon für Altersversorgung: €1.485.446,57 (Vj.: € 1.345.256,55)		
	-46.175.930,54	-43.276.911,45
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.004.403,30	-1.475.672,17
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.809.868,98	-4.740.681,86
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	113.506,12	18.590,25
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-93.699,19	-102.126,90
- davon aus der Abzinsung € 7.541,00 (Vj.: € 4.716,00)		
11. Ergebnis nach Steuern	-1.564.987,18	379.071,49
12. sonstige Steuern	-11.819,87	-54.270,34
13. Jahresergebnis	-1.576.807,05	324.801,15
14. Einstellung in die Gewinnrücklage	1.576.807,05	-324.801,15
15. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 31.12.2024

I. Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist eine **große Kapitalgesellschaft** im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB und als gemeinnützig gemäß Freistellungsbescheid vom 29.11.2023 anerkannt. Die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH mit Sitz in Düsseldorf wird beim Amtsgericht Düsseldorf im Handelsregister unter HR B 3356 geführt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **Aufstellung und Gliederung** von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach dem GmbHG vorgenommen.

Die Bewertungsmethoden haben sich gegenüber dem Jahresabschluss 2023 nicht verändert.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden in Höhe der Anschaffungskosten aktiviert und werden zwischen zwei und fünf Jahren abgeschrieben.

Der Ansatz des **Sachanlagevermögens** erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Anschaffungskostenminderungen werden abgesetzt. Es kommt die lineare Abschreibungsmethode und soweit (auch in der Vergangenheit) zulässig, die degressive Abschreibung (in der jeweils geltenden Fassung) zur Anwendung. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis € 800,00 werden im Jahr des Zugangs nach § 6 Abs. 2 EStG sofort abgeschrieben. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei den Gebäuden und bei der Geschäftsausstattung richtet sich nach jeweils geltenden steuerlichen Vorschriften.

Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Tageswerten angesetzt; Zuschreibungen erfolgen höchstens bis zu den ursprünglichen Anschaffungskosten.

Die **Vorräte** werden zum gewogenen Einstandspreis unter besonderer Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet; die Werte für die eigenen Fertigwaren werden zu Herstellungskosten ermittelt. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten werden neben den Einzelkosten auch anteilige Gemeinkosten berücksichtigt.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sind mit dem Nominalbetrag bewertet. Pauschalwertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden. Uneinbringliche Posten werden vollständig ausgebucht.

Die **übrigen Vermögensgegenstände** sind im Einzelnen mit ihren Nennbeträgen bilanziert.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Bei den **Gewinnrücklagen** handelt es sich im Wesentlichen um Jahresüberschüsse, die zur allgemeinen Verstärkung der Kapitalkraft den Rücklagen zugeführt wurden.

Es werden erhaltene Zuwendungen für Investitionen auf der Passivseite der Bilanz als **Sonderposten für Zuwendungen zu Investitionen in das Anlagevermögen** ausgewiesen, soweit diese Zuschüsse für Einrichtungen und Ausstattungen ins Anlagevermögen eingesetzt werden. Die Sonderposten werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Die **Rückstellungen** enthalten alle bekannten Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Die Rückstellungen für **Jubiläen** werden mit Ihrem Erfüllungsrückstand bewertet. Dabei wurde ein Rechnungszinssatz von 1,96 % sowie ein Gehaltstrend von 1,5 % verwendet. Der Rechnungszinssatz basiert auf dem pauschalierten durchschnittlichen Zinssatz der letzten 7 Jahre, herausgegeben durch die Deutsche Bundesbank mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Biometrische Einflussfaktoren wurden nach „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck berücksichtigt. Als Bewertungsmethode verwendete MERCER in Anlehnung an internationale Standards die sogenannte Projected Unit Credit Method (PUC-Methode).

Die Bewertung der **Altersteilzeitverpflichtungen** erfolgte für die Handelsbilanz nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 vom 19.06.2013. Bemessungsgrundlage für die Rückstellungsbildung sind die gesamten in der Freistellungsphase zu gewährenden Vergütungen einschließlich der zu erbringenden Aufstockungsbeträge sowie sonstige Nebenleistungen (z.B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung).

Zur Sicherung der Ansprüche aus Altersteilzeit wurden bei der DEKA Fonds-Sparverträge eingerichtet:

Die Summe der zum 31.12.2024 vorgenommenen Ein- und Auszahlungen beträgt 299 T€. Der dem Stichtag beizulegende Zeitwert beträgt 299 T€. Das Deckungsvermögen von 299 T€ wird zum 31.12.2024 in Anwendung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen.

Die **Übergangsgelder** werden mit dem Erfüllungsbetrag zurückgestellt. Die Einzelpositionen werden mit den Abzinsungssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB (herausgegeben von der Deutschen Bundesbank) abgezinst. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von 90% wird berücksichtigt. Lohn- und Gehaltssteigerungen sind nicht zu berücksichtigen.

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände (RZVK). Auf eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde in Ausübung des Wahlrechtes des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB verzichtet. Die Altersversorgung der RZVK wird über eine Umlage finanziert. Die Höhe der der Umlage zugrundeliegenden Löhne und Gehälter betrug im Berichtsjahr 19.180 T€. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt 4,25 %. Im Berichtsjahr wurden hierfür 809 T€ gezahlt. Darüber hinaus wurde ein vom Arbeitgeber zu zahlendes Sanierungsgeld erhoben. Die Höhe des Sanierungsgeldes beträgt 3,5 % der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter; im Berichtsjahr wurden hierfür 667 T€ gezahlt.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts**, Sparkassen und Kreditinstituten werden in einer Position zusammengefasst.

Die **Verbindlichkeiten** sind jeweils im Einzelnen zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der **Passive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst Einnahmen, die Erträge nach dem Bilanzstichtag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen gegen die Gesellschafter und werden zum Jahresende mit 64 T€ ausgewiesen. Diese betreffen die Landeshauptstadt Düsseldorf.

Die Auflösung bei dem „**Sonderposten für Zuwendungen zu Investitionen in das Anlagevermögen**“ beläuft sich in 2024 auf 148 T€ und betrifft die planmäßige Auflösung.

Die sonstigen **Rückstellungen** setzen sich zum 31.12.2024 im Wesentlichen wie folgt zusammen (Angaben in T€):

Personalrückstellungen	1.194
- davon für Jubiläumsgelder	62
- davon für Übergangsgelder	114
- davon Altersteilzeit	130

Die **Gesamtsumme der Verbindlichkeiten** mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren beträgt 1.799 T€. Die Summe der durch Pfandrechte abgesicherten Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt 3.371 T€. Bezüglich weiterer Angaben nach § 268 Abs. 5 HGB verweisen wir auf den beigefügten Verbindlichkeitspiegel.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft erhält zur Abdeckung der Kosten für die Betreuung der Menschen mit Behinderung **Leistungsvergütungen und Kostenerstattungen** entsprechend der jeweiligen gesetzlichen Grundlage; diese werden als "Erträge aus Leistungsvergütungen und Kostenerstattungen" in der Gewinn- und Verlustrechnung 2024 ausgewiesen.

Im laufenden Geschäftsjahr werden **periodenfremde Erträge** in Höhe von 237 T€ unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bilanziert. Hier sind wesentlich Vergütungen der Kostenträger für Vorjahre zu nennen. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in Höhe von 92T€ **periodenfremde Aufwendungen** erfasst. Hier sind im Wesentlichen Energiespitzabrechnungen der Vorjahre zu nennen.

Die **Auflösung der Investitionszuschüsse** erfolgt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter "Sonstige betriebliche Erträge"; diese beträgt im Berichtsjahr insgesamt 148 T€.

Gemäß **Gewinnverwendungsvorschlag** wurde der Jahresüberschuss 2023 in Höhe von 325 T€ den Gewinnrücklagen zugeführt.

V. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Jahresfehlbetrag 2024 wird vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschafter in Höhe von 1.577 T€ bereits vollständig im Berichtsjahr aus den Gewinnrücklagen entnommen.

VI. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse in Form von gewährten Pfandrechten und sonstigen Sicherheiten sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

Es bestehen folgende **finanzielle Verpflichtungen**, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind:

- aus langfristigen **Pachtverträgen** betreffend der Grundstücke mit betriebsnotwendigen Immobilien:
 - Insgesamt unter Berücksichtigung der vertraglichen Mindestlaufzeit: 11.991 T€.
 - Im Geschäftsjahr 369 T€.
 - Die Pachtgrundstücke mit aufstehenden Gebäuden werden jeweils als Betriebsstätte genutzt.
 - Es werden dort Menschen mit Behinderung im Sinne der Aufgabenstellung der WfaA beschäftigt.
 - WfaA hat als Eigentümer der Immobilien eigene Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch die üblichen Risiken für Grundstück und Gebäude.
- aus **Mietverträgen** betreffend angemietete Objekte:
 - Insgesamt unter Berücksichtigung der vertraglichen Mindestlaufzeit: 1.622 T€.
 - Im Geschäftsjahr 304 T€.
 - Die Mietobjekte werden jeweils als Betriebsstätte genutzt. Es werden in den Mietobjekten Menschen mit Behinderung im Sinne der Aufgabenstellung der Gesellschaft beschäftigt.
- aus **Leasingverträgen** betreffend geleaster Objekte:
 - Insgesamt unter Berücksichtigung der vertraglichen Mindestlaufzeit: 48 T€.
 - Der Leasingaufwand beträgt im Geschäftsjahr 58 T€.

Die **Geschäftsführung** in allen unternehmerischen Funktionsbereichen lag bei Diplom-Kaufmann Thomas Schilder.

Die Gesamtbezüge (in T€) der Geschäftsführung belaufen sich für das Geschäftsjahr auf:

Geldbezüge	134
Sachbezüge	6
Betriebliche Altersvorsorge	9
Gesamtbezüge	<u>149</u>

Der **Verwaltungsrat** (Aufsichtsgremium) der Gesellschaft besteht unverändert auch im Jahr 2024 aus neun ordentlichen Mitgliedern und setzt sich wie folgt zusammen:

1. Burkhard Hintzsche (Vorsitzender)	Dipl.-Verwaltungswissenschaftler
2. Prof. h. c. Dr. h. c. Wulfhard Götting	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht a.D.
3. Christoph Nachtigäller	Ruheständler
4. Christina Homma	Industriekauffrau
5. Sabine Humpert-Kalb	Groß- und Außenhandelskauffrau
6. Constanze Mucha	Lehrerin
7. Susanne Ott	Bankkauffrau
8. Dr. Christine Rachner	Ärztin Anästhesiologie
9. Patrycja Wölbart-Slawinski	Dipl. Sozialpädagogin

Die Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeiten keine Bezüge.

Darüber hinaus bestehen folgende neun stellvertretende Mitglieder:

1. Anke Müller	Dipl. Verwaltungswirtin
2. Andreas Paul Stieber	Unternehmensberater
3. Ulrich Marks	Industriekaufmann
4. Uwe Warnecke	Rechtsanwalt
5. Wiebke Schubert	Rechtsanwältin
6. Dr. Gottfried Panhaus	Dipl. Chemiker
7. Daniele Masberg-Eikelau	Rechtsanwältin
8. Ottfried Hillmann	Ruheständler
9. Andreas Martin	Dipl. Sozialwissenschaftler

Die stellvertretenden Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Abschlussprüfer ist die Kanzlei Miklis GmbH, Haan.

Das Honorar beträgt für 2024:

Abschlussprüfungsleistungen 14 T€.

Im Berichtsjahr wurden folgende **Mitarbeiter beschäftigt**
(Durchschnitt aus den Quartalsultimowerten):

- 1.439 durchschnittlich betreute Menschen mit Behinderung
- 405 Beschäftigte nach Tarifvertrag öffentliche Dienste (TVöD), (entspricht 375 Vollzeitstellen)
- davon: 7 Bundesfreiwilligendienstleistende freiwilliges soziale / ökologisches Jahr und Praktikanten

Konzernberichterstattung

Als Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf wird die Gesellschaft in den Gesamtabschluss der Stadt Düsseldorf mit einbezogen. Der Gesamtabschluss kann bei der Stadt Düsseldorf eingesehen werden.

Nachtragsbericht

Keine Angabe.

Düsseldorf, den 30.03.2025

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH

Die Geschäftsführung:

Thomas Schilder

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2024

Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen			Buchwerte		
	01.01.2024 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31.12.2024 €	01.01.2024 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2024 €	31.12.2024 €	01.01.2024 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	181.821,04	0,00	0,00	0,00	181.821,04	129.728,70	29.744,31	0,00	159.473,01	22.348,03	52.092,34
	181.821,04	0,00	0,00	0,00	181.821,04	129.728,70	29.744,31	0,00	159.473,01	22.348,03	52.092,34
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	33.230.803,26			391.877,04	32.838.926,22	18.599.283,89	1.419.223,89	147.017,68	19.871.490,10	12.967.436,12	14.631.519,37
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.794.589,02	106.567,91	10.092,30	3.779,09	3.907.470,14	2.506.680,75	253.605,64	3.779,09	2.756.507,30	1.150.962,84	1.287.908,27
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.268.380,79	336.223,78	0,00	63.575,54	3.541.029,03	2.538.472,96	301.829,46	63.565,96	2.776.736,46	764.292,57	729.907,83
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10.092,30	89.042,98	-10.092,30		89.042,98	0,00	0,00	0,00	0,00	89.042,98	10.092,30
	40.303.865,37	531.834,67	0,00	459.231,67	40.376.468,37	23.644.437,60	1.974.658,99	214.362,73	25.404.733,86	14.971.734,51	16.659.427,77
III. Finanzanlagen											
1. Beteiligungen	5.113,00	0,00	0,00	0,00	5.113,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.113,00	5.113,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	206.260,00	0,00	0,00	0,00	206.260,00	0,00	0,00	0,00	0,00	206.260,00	206.260,00
	211.373,00	0,00	0,00	0,00	211.373,00	0,00	0,00	0,00	0,00	211.373,00	211.374,00
	40.697.059,41	531.834,67	0,00	459.231,67	40.769.662,41	23.774.166,30	2.004.403,30	214.362,73	25.564.206,87	15.205.455,54	16.922.893,11

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024

		bis 1 Jahr	2 - 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt	Sicherheiten
1. Verbindlichkeiten gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts und Kreditinstituten				alle Beträge in Euro		Pos. 1 bis 15 Eingetragen im Grundbuch
1. LVR / NRW Bank Gebäude Reisholz	4500	43.510,14	174.040,56	21.754,56	239.305,26	Hassels
2. LVR Integrationsamt Gebäude Heerdt	4502	27.368,93	23.143,75	0,00	50.512,68	Heerdt
3. LVR / NRW Bank Gebäude Heerdt	4504	8.293,16	33.172,64	34.967,55	76.433,35	
4. LVR / NRW Bank Gebäude Südpark	4505	5.343,00	21.372,00	69.459,01	96.174,01	Stoffeln
5. LVR Integrationsamt Gebäude Südpark	4506	5.148,49	9.692,91	0,00	14.841,40	
6. LVR Integrationsamt Gebäude Reisholz-Anbau	4508	4.898,01	20.596,50	27.159,68	52.654,19	Hassels
7. LVR / NRW Bank Gebäude Reisholz-Anbau	4509	3.760,92	15.043,68	57.368,29	76.172,89	
8. LVR / NRW Bank Gebäude In der Steele	4512	17.533,06	70.132,24	306.813,97	394.479,27	
9. LVR Integrationsamt Gebäude In der Steele	4513	19.011,00	79.942,78	60.536,69	159.490,47	
10. SSK Düsseldorf Gebäude Steele / Kantine	4514	29.128,34	119.319,30	446.106,58	594.554,22	
11. BFS Düsseldorf Umbau BMA	4528	41.650,00	0,00	0,00	41.650,00	Hassels
12. SSK Düsseldorf Bau Theodor	4515	80.986,39	337.616,30	566.568,11	985.170,80	Rath
13. SSK Düsseldorf Bau Theodor	4516	18.934,93	78.936,03	109.337,72	207.208,68	
14. SSK Düsseldorf Ersatzmaschine Wäscherei	4501	29.500,00	73.750,00	0,00	103.250,00	
15. BFS Containeranlage Heerdt	4525	36.000,00	144.000,00	99.000,00	279.000,00	
16. Sonstige Verbindlichkeiten KI	1680	1.221,29			1.221,29	
		372.287,66	1.200.758,69	1.799.072,16	3.372.118,51	
davon gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts		56.426,43	133.375,94	87.696,37	277.498,74	
davon gegenüber Kreditinstituten		314.639,94	1.067.382,75	1.711.375,79	3.093.398,48	
davon sonstige gegenüber Kreditinstituten		1.221,29			1.221,29	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		904.476,69	0,00	0,00	904.476,69	
3. Sonstige Verbindlichkeiten		4.712.389,51	0,00	0,00	4.712.389,51	
davon LVR Dauervorschuss		3.798.000,00	0,00	0,00	3.798.000,00	
davon übrige sonstige Verbindlichkeiten		914.389,51	0,00	0,00	914.389,51	
Verbindlichkeiten insgesamt		5.989.153,86	1.200.758,69	1.799.072,16	8.988.984,71	<u>alle Beträge in Euro</u>

Legende:

KHS: Karl-Hohmann-Straße

Integrationsamt : früher Hauptfürsorgestelle Landschaftsverband Rheinland

LVR: Landschaftsverband Rheinland

SSK: Stadtparkasse

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

Lagebericht 2024

1) Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH (im Folgenden WfaA genannt) ist eine von der Bundesagentur für Arbeit nach § 225 BTHG anerkannte Einrichtung. Für die Landeshauptstadt Düsseldorf übernimmt sie die Aufgabe der Rehabilitation von Menschen mit Behinderung durch die Errichtung, die Unterhaltung und den Betrieb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen.

Gesellschafter sind mit 75 % die Stadt Düsseldorf und mit 25 % die BAG Selbsthilfe.

Die sieben Betriebsstätten sind vom Finanzamt Düsseldorf-Süd als "gemeinnützig" anerkannt.

b. Strategien und Ziele

Die WfaA vermittelt den Menschen mit Behinderungen eine berufliche Bildung und eine Beschäftigung zu einem ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt. Sie ermöglicht den Menschen mit Behinderung ihre Leistungs- und Erwerbsfähigkeit zu erhalten und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

Entsprechend der geltenden gesetzlichen Vorgabe nach Werkstättenverordnung (WVO) und der Handlungsanweisung HEGA 06/2010 der Arbeitsagentur wurden auch im Berichtsjahr im Berufsbildungsbereich entsprechende Bildungsmaßnahmen angeboten.

Im Arbeitsbereich ist die WfaA mit einem breiten Arbeitsangebot in Produktion und Dienstleistung für Industrie, Handel, Handwerk und Verwaltung tätig, insbesondere in den Arbeitsfeldern Schreinerei, Wäscherei, Garten- und Landschaftspflege, Einzelhandel, Küche und Café, Hofladen, Metallbearbeitung, Montage bzw. Elektromontage, Konfektionierung, Büroservice, Archivierung sowie Abfüllservice.

c. Zweigniederlassungen

Es liegen keine Zweigniederlassungen im Sinne des § 13 HGB im aktuellen Geschäftsjahr vor.

2) Wirtschaftsbericht**a. Allgemeine Geschäftslage**

Im Geschäftsjahr verzeichnete die Gesellschaft ein defizitäres Ergebnis. Der Umsatz aus Arbeit fiel niedriger aus, die Belegung von Werkstattplätzen blieb auf dem Niveau des Vorjahrs. Bei 1.480 (Vorjahr: 1.480) genehmigten Plätzen und 1.442 (Vorjahr: 1.456) durchschnittlich belegten Plätzen entspricht die Belegungsquote 97,43 % (Vorjahr: 96,08 %).

Im Geschäftsjahr wurden in fünf „ausgelagerten Arbeitsgruppen“ und auf betriebsintegrierten Arbeitsplätzen insgesamt 78 (davon 34 Einzelplätze) Menschen mit Behinderung gefördert. Es konnten 8 Beschäftigte in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis vermittelt werden.

Die WfaA hat auch in 2024 die Trägerzulassung nach § 2 der Rechtsverordnung zum SGBIII (AZAV) und Begutachtung eines Qualitätsmanagementsystems nach § 2 Absatz 4 AZAV erhalten.

Im Rahmen der Auditierung nach DIN EN ISO 9001:2015 wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr erneut erfolgreich zertifiziert.

Der aktuellen Prognose (15.11.2024) der Europäischen Kommission zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums 2024 um 0,8 % Prozent wachsen und in den Jahren 2025 um 1,3 % und 2026 um 1,6 % Prozent wachsen. Allerdings können die Auswirkungen des Ukraine Kriegs derzeit weiterhin nicht verlässlich eingeschätzt werden.

b. Ertragslage

Die Leistungsvergütungen inkl. Kostenerstattungen stiegen im Wesentlichen im Rahmen der Kostensatzerhöhungen von 42.501 T€ um 2.828 T€ auf 45.329 T€. Die Personalkosten (Löhne und Gehälter) der Mitarbeiter stiegen von 21.413 T€ um 1.175 T€ auf 22.588 T€ im Wesentlichen aufgrund der Tarifsteigerungen zum 1.3.2024. Der übrige Personalaufwand stieg aufgrund steigender Betreuungskosten (z.B. Grundloohnerhöhung und SV Aufwand für Beschäftigte).

Die Umsatzerlöse aus Produktion und Dienstleistung sind im Verhältnis zur Gesamtleistung gesunken und betragen rd. 18 % (Vorjahr: 19%) der Gesamterlöse. Absolut sanken die Umsatzerlöse aus Arbeit von 10.215 T€ um 254 T€ auf 9.961 T€, wohingegen der Materialeinsatz um rd. 100 T€ von 3.493 T€ auf 3.393T€ sank.

Die WfaA weist einen Jahresfehlbetrag von 1.577 T€ aus (Vorjahr Überschuss 325 T€). Die Reduzierung des Jahresergebnisses ist im Wesentlichen dadurch begründet, das im Geschäftsjahr umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an den Standorten umgesetzt worden sind. Außerdem wurde eine Sonder Afa durch den anstehenden Abriss der Gebäude an der Karl-Hohamnn Str. erfasst, die das Ergebnis im Geschäftsjahr einmalig belastet.

c. Finanzlage

Die Liquidität war jederzeit gegeben, Zahlungsverpflichtungen wurden im Zahlungsziel beglichen. Die Kapitalstruktur hat sich daher nicht wesentlich verändert. Die langfristigen Verbindlichkeiten wurden planmäßig getilgt.

Investitionen wurden auch im Leasingmodell abgeschlossen, um die Liquidität zu schonen.

d. Vermögenslage

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 2.309 T€ auf 24.497 T€ reduziert. Dies liegt insbesondere an den gesunkenen Verbindlichkeiten (Tilgungen), den Abschreibungen sowie den liquiden Mitteln. Die Bankguthaben haben sich um 2.938 T€ auf 1.152 T€ reduziert. Die Anlagenzugänge von 531 T€ wurden überwiegend in Maschinen sowie technische Anlagen getätigt.

e. Leistungsindikatoren

Die zentralen finanziellen Steuerungsgrößen der Gesellschaft sind die Arbeitserlöse, die Maßnahmenerlöse sowie das Arbeitsergebnis. Die Arbeitserlöse sind definiert als Umsatzerlöse aus der Verarbeitung und dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen. Die Maßnahmenerlöse sind definiert als Erträge aus der Abrechnung gegenüber den Kostenträgern. Das Arbeitsergebnis ist im Wesentlichen definiert als Jahresergebnis der Gesellschaft (abzüglich des Ergebnisses des BBB) zuzüglich der Löhne der Beschäftigten und abzüglich der Auflösungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse. Die Veränderungen der Arbeitserlöse und der Maßnahmenerlöse spiegeln sich in den Umsatzerlösen und den Erträgen aus Leistungsvergütung wider. Daher wird auf die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung verwiesen.

Das Arbeitsergebnis hat sich im Berichtsjahr rückläufig entwickelt. Von im Vorjahr 2.725 T€ sank das Arbeitsergebnis um 1.918 T€ auf 807 T€. Die Löhne der Menschen mit Behinderung liegen mit 2.480 T€ auf dem Vorjahresniveau. Dies entspricht somit 166 € je Beschäftigten/Monat (Vorjahr: 164 €). Insgesamt wurden 120 % (nach Auflösung der Rücklage für Ertragsschwankungen) des Arbeitsergebnisses als Lohn ausgeschüttet.

Darüber hinaus sind für die Gesellschaft gerade als gemeinnützige Einrichtung die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren sehr wichtig. Diese sind jedoch schwer messbar. Einer dieser nicht finanziellen Indikatoren ist die Vermittlung von Menschen mit Behinderung an den ersten Arbeitsmarkt durch Weiterbildung. Erfreulich ist es daher auch in diesem Jahr, dass 8 Menschen mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten.

f. Gesamtaussage

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft stabil gehalten.

3) Prognose-, Chancen- und Risikobericht**a. Prognosebericht**

Wir gehen weiterhin von folgender Belegungsentwicklung in der Zukunft aus:

Die Anzahl der Menschen mit geistiger Behinderung wird weiter zurückgehen, wobei der Anteil der Aufnahmen von schwerst- und mehrfach behinderten Menschen steigen wird. Die Anzahl der Menschen mit einer psychischen Behinderung wird absehbar weiter steigen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass sich die Zugänge und Abgänge aller Beschäftigten in der Werkstatt in den nächsten 3 Jahren insgesamt ausgleichen werden. Langfristig könnte die Belegung aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten 10 Jahren abnehmen.

Im Wirtschaftsplan erwarten wir für 2025 Arbeitserlöse in Höhe von 10.482 T€.

Eine tarifliche Steigerung im TVöD ist im Wirtschaftsplan vorgesehen. Die Tarifparteien verhandeln ab 01.01.2025 einen neuen Vertrag. Wir haben eine Prognose in die Personalkostenplanung 2025 eingepreist.

Die Erstattungsleistungen der Kostenträger für den Arbeitsbereich werden entsprechend den Anpassungen im TVöD steigen. Für den Berufsbildungsbereich sind Steigerungen ab 01.01.2025 von 4,71 % für Neuzugänge vereinbart worden, so dass die Tarifsteigerungen größtenteils finanziert werden. Zusätzlich ist für alle SMB Fälle (im BBB) ein einheitlicher Satz von 3.713 € vereinbart worden, der die Kosten für Zusatzpersonal bereits beinhaltet.

Für das Jahr 2025 planen wir vorsichtig einen Jahresüberschuss von 10 T€.

Trotz weiteren Steigerungen im Sachkostenbereich planen wir durch Preisanpassungen Umsatzerlöse mit denen wir das Arbeitsergebnis und somit die Löhne der Beschäftigten auf gutem Niveau halten können.

Wir weisen darauf hin, dass unsere Planungen die mit dem Ukraine Konflikt verbundenen Unsicherheiten berücksichtigen, soweit dies möglich und absehbar ist. Eine verlässliche Schätzung der Auswirkungen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Hinsichtlich dieser Risiken wird auf das Kapitel „Risikobericht und Risikomanagement“ verwiesen.

b. Risikobericht und Risikomanagement

Potentielle Risiken der Gesellschaft liegen in regelmäßig wiederkehrenden zukünftigen Tarifierhöhungen im Bereich des TVöD und der damit verbundenen weiteren Belastung der Personalkosten bei im Vergleich stabilen Umsätzen. Diesem Risiko wird durch die bereits

eingeleiteten und zukünftig geplanten Kostensenkungsmaßnahmen Rechnung getragen sowie jährlich angepasste Kalkulationen unserer Leistungen im Arbeitsbereich.

Darüber hinaus besteht das Risiko des Wegfalls von industriellen Kunden und des damit verbundenen Ausfalls von Umsatzerlösen. Diesem Risiko wird durch intensive Gespräche mit Neu- und Bestandskunden vorgebeugt und versucht, eine zu starke Abhängigkeit zu einzelnen Kunden zu vermeiden. Somit stellt ein potentieller Umsatzausfall ein geringes Risiko dar.

Eine Veränderung (Reduzierung) in der Belegung führt zu mehreren Risiken:

Die Belegungsquote bzw. Auslastungsquote aller 7 Standorte leidet unter einer Reduzierung der Gesamtbelegung. Folglich wären bei einer deutlichen Senkung der Belegschaft einzelne Betriebsstätten in Frage zu stellen, da die vom Kostenträger erhaltene Substanzerhaltungsquote dem Unterhalt aller Werkstattplätze dient. Da die Substanzerhaltungsquote nicht auskömmlich für die tatsächlichen Aufwendungen ist, fehlen somit Mittel zur Erhaltung der Räumlichkeiten. Wir beschäftigen uns aufgrund der gesunkenen Belegung mit alternativen Standortmodellen, um die Risiken der Entwicklung zu begrenzen.

Die Belegung ist in 2024 leicht gesunken. Besonders im BBB (hier: GB) stellen wir jedoch eine hohe Nachfrage nach Werkstattleistungen fest. Daher werden wir die räumliche Ausgliederung des BBB auch in 2025 intensivieren, um attraktive Plätze bieten zu können.

Ein weiteres Risiko liegt in der Veränderung der Entgeltstruktur der Beschäftigten. Die bundesweit festgelegten Steigerungen des Grundlohns der letzten 4 Jahre sind aus dem Arbeitsergebnis finanziert worden. Weitere, kräftigte Steigerungen, die weiterhin aus verschiedenen Richtungen gefordert werden, sind in der bekannten Finanzierungsform der Werkstätten nicht umzusetzen. Dafür bräuchte es eine neue Umverteilung von öffentlichen Mitteln. Wir gehen davon aus, dass wir mindestens 2025 und 2026 noch das bekannte Entgeltsystem der Werkstätten anwenden werden.

Die WfaA verfügt über ein funktionierendes Risikomanagementsystem mit monatlichen Berichten über Umsätze, Auftragsstatus, Kapazitätsplanung und Stichtagsliquidität, das sich auch als Frühwarnsystem eignet, um drohende Verluste und Risiken zeitnah zu erkennen. Weiterhin wird im Herbst jedes Jahres ein Chancen-/Risikobericht erstellt, der alle potentiellen monetären und nicht monetären Chancen und Risiken der Zukunft in einer Übersicht darstellt.

Ebenso wird monatlich eine Kostenstellenrechnung erstellt, um die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Arbeitsbereiche zu prüfen und zeitnah erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Durch ein intensives und vorausschauendes Liquiditätsmanagement konnte die Zahlungsfähigkeit jederzeit gewährleistet werden.

Insgesamt sieht sich die Gesellschaft gegenüber den potentiellen Risiken durch die bisher eingeleiteten Schritte und Maßnahmen als gut aufgestellt.

c. Chancenbericht

Die WfaA hat in 2024 und wird auch in 2025 mehrere Maßnahmen zur Optimierung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten vornehmen.

Aufgrund der weiter steigenden Preise für Rohstoffe, und Dienstleistungen werden wir Teile unserer vergebenen Aufträge neu ausschreiben.

Sowohl das Inflationsniveau, als auch unsere steigenden Löhne der Beschäftigten zwingt uns viele Kundenaufträge nach zu kalkulieren, um das Arbeitsergebnis nicht sinken zu lassen.

Außerdem prüfen wir Maßnahmen zur Einsparung von Energie. Da die wesentlichen Energieverbräuche in den Produktionsbereichen liegen, wird es schwierig, relevante Mengen zu reduzieren. Nachdem am Standort Theodorstr. eine PV Anlage in Betrieb gegangen ist, werden wir auch in 2025 die Rentabilität weiterer PV Anlagen prüfen.

Auch in 2025 werden mehrere Mitarbeiter des Betreuungspersonals altersbedingt ausscheiden, sodass eine Einsparmöglichkeit im Bereich der Nachbesetzung besteht.

Auch prüfen wir ständig die Möglichkeit neuer Außengruppen, um unsere Beschäftigten besonders nah am allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen.

Seit 2023 haben wir bei vielen Anfragen einige neue Kunden gewinnen können.

Dabei zeichnet sich ab, dass wir im Bereich Montage / Verpackung / Logistik neue Partnerschaften mit Neukunden aufbauen können, die das Potential haben, in 2025 und den Folgejahren unsere Arbeitsbereiche mit attraktiven Tätigkeiten zu erweitern. Besonders in den nördlichen Standorten war eine Alternative der Arbeiten erforderlich. Wir sehen gute Chancen diese Zusammenarbeit weiter auszubauen.

4) Erklärung zur Unternehmensführung

Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf in der Fassung vom 12.12.2024

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß Düsseldorf Kodex analog § 289 f Handelsgesetzbuch der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH für 2024

Für die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH ist eine gute und auf eine nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung von besonderer Bedeutung. Die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat gewährleisten eine gleichstellungsfördernde, tolerante und diskriminierungsfreie Kultur innerhalb des Unternehmens.

Entsprechenserklärung gemäß Düsseldorf Kodex

Geschäftsführung und Verwaltungsrat der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH erklären, dass den Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligung der Landeshauptstadt Düsseldorf (Düsseldorfer Kodex) in der aktuell gültigen Fassung vom 12.12.2024 mit den folgenden Ausnahmen entsprochen wurde.

Die Abweichungen vom Düsseldorfer Kodex ergaben sich zu folgenden Ziffern und werden wie folgt begründet:

- 5.8 Die Gesellschaft hat keine D&O-Versicherung, sondern eine Vermögensschadeneigenversicherung, über die die Mitglieder des Verwaltungsrates mitversichert sind. Ein Selbstbehalt ist nicht vereinbart, da auch eine Vergütung oder Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit im Verwaltungsrat nicht gewährt wird.
- 6.2.4 Die interne Revision wird nicht als eigenständige Stelle wahrgenommen. Diese wird im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems (QMS) in Form von regelmäßigen Audits durchgeführt.
- 6.3.2 Ein leistungsbezogener Vergütungsbestandteil wurde bei Vertragsabschluss nicht vereinbart. Die Geschäftsführung erhält eine Festvergütung ohne leistungsbezogene Bestandteile.
- 65 Die Gesellschaft hat keine D&O-Versicherung, sondern eine Vermögensschadeneigenversicherung, über die die Geschäftsführung mitversichert ist. Der Selbstbehalt beträgt 500 EUR je Schadenfall.
- 66 Eine Befristung wurde bei Vertragsabschluss nicht vereinbart. Die Geschäftsführung hat einen unbefristeten Anstellungsvertrag.

Arbeitsweise von Geschäftsführung und Verwaltungsrat, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse

Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Verwaltungsrat

- Die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat haben sich im Jahr 2024 zu vier Sitzungen getroffen

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben wie folgt teilgenommen:

ordentliche Mitglieder:

Burkhard Hintzsche	teilgenommen an 4 Sitzungen
Constanze Mucha	teilgenommen an 2 Sitzungen
Susanne Ott	teilgenommen an 4 Sitzungen
Sabine Humpert-Kalb	teilgenommen an 3 Sitzungen
Dr. Christine Rachner	teilgenommen an 2 Sitzungen
Christoph Nachtigäller	teilgenommen an 4 Sitzungen
Prof. h. c. Dr. h. c. Wulfhard Götting	teilgenommen an 3 Sitzungen
Christina Homma	teilgenommen an 1 Sitzungen
Patrycja Wölbart-Slawinski	teilgenommen an 3 Sitzungen

stellvertretende Mitglieder:

Anke Müller	teilgenommen an 1 Sitzung
Andreas Paul Stieber	an keiner Sitzung teilgenommen
Uwe Marold Warnecke	an keiner Sitzung teilgenommen
Dr. Gottfried Panhaus	teilgenommen an 2 Sitzungen
Daniela Masberg-Eikelau	teilgenommen an 2 Sitzungen
Ulrich Marks	teilgenommen an 2 Sitzungen
Ottfried Hillmann	teilgenommen an 1 Sitzung
Wiebke Schubert	teilgenommen an 2 Sitzungen
Andreas Martin	teilgenommen an 1 Sitzung

- In den Verwaltungsratssitzungen hat die Geschäftsführung anhand von schriftlich ausgehändigten Vorlagen (mit der Einladung versandt) informiert, Beschlüsse wurden ebenfalls durch detailliert ausgearbeitete Vorlagen eingeholt.
- Die Geschäftsführung hat die Vorlagen mündlich erläutert und die Rückfragen hierzu beantwortet. Insgesamt hat die Geschäftsführung sehr offen und sehr ausführlich über das Geschehen in der Werkstatt für angepasste Arbeit informiert und entsprechende Fragen beantwortet.
- Gemäß der Bestätigung des Wirtschaftsprüfers hat sich die Geschäftsführung an die vorgegebene Geschäftsordnung gehalten.

Arbeitsweise und Geschäftsverteilung der Geschäftsführung

- Die Geschäftsführung besteht aus einer Alleingeschäftsführung, Thomas Schilder.
- Ein entsprechender Geschäftsverteilungsplan besteht nicht.

Arbeitsweise des Verwaltungsrats

- Der Verwaltungsrat ist informiert und berät die Geschäftsführung in allen laufenden Geschäften und genehmigt gegebenenfalls zustimmungspflichtige Geschäfte gemäß Gesellschaftsvertrag.

Der Verwaltungsrat entscheidet über:

1. Grundstücksgeschäfte aller Art, Veränderungen an Betriebsgebäuden,
 2. Errichtung und Auflösung von Betriebsstätten und Zweigniederlassungen,
 3. Abschluss von Lizenzverträgen und Verträgen zur Übernahme oder Übertragung von Schutzrechten,
 4. Investitionsentscheidungen von im Einzelfall über 75.000 EUR, dasselbe gilt bei Miet-, Leasing- und ähnlichen gegenseitigen Verträgen, soweit die vertragliche Mindestbindungsdauer drei Jahre und/oder der durchschnittliche jährliche Aufwand 25.000 EUR übersteigt,
 5. Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungserklärungen für Dritte oder durch Dritte zugunsten der Gesellschaft,
 6. Maßnahmen, die die Bildung sowie die wirtschaftliche oder rechtliche Stellung der Behindertengruppen betreffen,
 7. alle über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehenden Geschäfte, soweit sie nicht der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung vorbehalten sind,
 8. Aufstellung eines Wirtschaftsplanes,
 9. Zustimmung zur Bestellung und Abberufung von Prokuristen,
 10. Erteilung des Prüfungsauftrages für den Jahresabschluss,
 - die Erteilung des Prüfungsauftrages umfasst auch die Vereinbarung der Vergütung des Abschlussprüfers und die Festlegung von Prüfungsschwerpunkten,
 - die Auftragserteilung erfolgt durch Beschluss des Verwaltungsrates
 - der Verwaltungsratsvorsitzende übermittelt diesen Beschluss dem Abschlussprüfer; dabei genügt die Unterzeichnung des Auftrages durch den Verwaltungsratsvorsitzenden.
- Der Verwaltungsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, in dieser sind die Zuständigkeiten des Verwaltungsrates festgelegt.
 - Die Effizienzprüfung gemäß 5.2.8 des Düsseldorfer Kodex wird jährlich durchgeführt.

Neue Verwaltungsratsmitglieder werden durch die Geschäftsführung zu einer Begehung der Betriebsstätte der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH an der Marienburger Straße eingeladen und hier wird ebenfalls über die Arbeit und die Finanzierung sowie die Besonderheiten der Werkstatt für angepasste Arbeit informiert.

Der Verwaltungsratsvorsitzende trifft sich regelmäßig (mindestens 1 x im Quartal) mit der Geschäftsführung, um die aktuellen Geschehnisse zu besprechen. Weiter leitet der Verwaltungsratsvorsitzende den Verwaltungsrat und erstellt gemeinsam mit der Geschäftsführung das Protokoll.

Zugehörigkeit der Verwaltungsratsmitglieder zum Verwaltungsrat

Die Zugehörigkeit der Verwaltungsratsmitglieder:

ordentliche Mitglieder:

Burkhard Hintzsche	seit Februar 2004
Constanze Mucha	seit Oktober 2017
Susanne Ott	seit Juni 2008
Sabine Humpert-Kalb	seit November 2020
Dr. Christine Rachner	seit November 2020
Christoph Nachtigäller	seit Februar 1979
Prof. h. c. Dr. h. c. Wulfhard Göttling	seit März 1995
Christina Homma	seit Januar 2016
Patrycja Wölbart-Slawinski	seit Februar 2024

stellvertretende Mitglieder:

Anke Müller	seit Dezember 2022
Andreas Paul Stieber	seit Oktober 2014
Uwe Marold Warnecke	seit Juli 2014
Dr. Gottfried Panhaus	seit November 2020
Daniela Masberg-Eikelau	seit Dezember 2022
Ulrich Marks	seit Dezember 2005
Ottfrid Hillmann	seit Februar 2024
Wiebke Schubert	seit August 2010
Andreas Martin	seit Februar 2024

Zielgrößen zum Frauenanteil in Führungsebenen

- Zielgröße für den Frauenanteil (40 % bis 60 %) wurden nicht vorgegeben, der Frauenanteil in Führungspositionen (1. bis 3. Führungsebene) beträgt 43 %.

Zielgrößen zum Frauen-/Männeranteil im Verwaltungsrat

- Zielgröße für den Verwaltungsrat wurde nicht vorgegeben, der Frauenanteil beträgt 44%, damit ist aus Sicht der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates der Frauen- und Männeranteil entsprechend gegeben.

Angaben zum Diversitätskonzept

- Ein Diversitätskonzept liegt in der Werkstatt für angepasste Arbeit nicht vor.
- Die Werkstatt ist der Charta der Vielfalt beigetreten.

Weitere Unternehmensführungspraktiken

- Compliance-Richtlinien werden in der Werkstatt für angepasste Arbeit entsprechend der Düsseldorfer Richtlinien umgesetzt, ein Unternehmensleitbild wurde im Jahre 2014 gemeinsam mit allen Mitarbeitenden erarbeitet und dieses wird jährlich überarbeitet und angepasst. Ein Nachhaltigkeitsmanagement ist in der Werkstatt für angepasste Arbeit implementiert, wir orientieren uns hier an der Nachhaltigkeitsrege-

lung der LHD. Das Gleichstellungsgesetz wird in der Werkstatt für angepasste Arbeit derzeit durch zwei Gleichstellungsbeauftragte (Frauen) wahrgenommen.

5) **Bilanzzeit**

Die Geschäftsführung versichert nach bestem Wissen, dass im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses so dargestellt ist, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken hier beschrieben sind.

Düsseldorf, den 30. März 2024

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH

Thomas Schilder
Geschäftsführer



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Ab-



schnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zu-



künftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Geschäftsführung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder



Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Haan, den 16. Mai 2025

Kanzlei Miklis GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Markus Miklis
Wirtschaftsprüfer

